

Deutscher Bundestag
17. Wahlperiode
Verteidigungsausschuss als
1. Untersuchungsausschuss
gem. Art. 45 a Abs. 2 GG

**VS-NUR FÜR DEN
DIENSTGEBRAUCH**
Protokoll Nr. 16
- endgültige Fassung -
(Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, II: NfD- ehem.
Tgb.-Nr. 64/10)
25. März 2010

Stenografisches Protokoll

- Endgültige Fassung¹ -
-geschwärzt-

der 16. Sitzung
des Verteidigungsausschusses
als 1. Untersuchungsausschuss gem. Art. 45 a Abs. 2 GG
- zugleich 28. Sitzung des Verteidigungsausschusses -
am Donnerstag, dem 25. März 2010, 14.00 Uhr
Sitzungssaal MELH, Berlin

Vorsitz: Dr. h. c. Susanne Kastner, MdB (SPD)

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Zeugenvernehmungen gemäß
den Beweisbeschlüssen 17-58

¹ Fassung gemäß Beschluss des Verteidigungsausschusses als 1. Untersuchungsausschuss vom 16. September 2010 (Beratungsunterlage 17-237).

[Platzhalter für Anwesenheitslisten]

(Beginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmungen, II: Geheim:
19.16 Uhr)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Wir tagen nunmehr Geheim. Ich stelle fest, dass sich neben den Ausschussmitgliedern nur Berechtigte im Saal befinden.

Ich weise ausdrücklich auf die Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages hin. Die Kolleginnen und Kollegen bitte ich, sich davon zu überzeugen, dass die möglicherweise mitgebrachten Mobiltelefone ausgeschaltet sind. Bei den anderen Teilnehmern der Sitzung gehe ich davon aus, dass sie keine Mobiltelefone mit in den Sitzungssaal gebracht haben. Sollte dies doch der Fall sein, bitte ich darum, sich ebenfalls davon zu überzeugen, dass sich die Telefone im ausgeschalteten Zustand befinden.

Ich bitte das Sekretariat, die entsprechende Kennzeichnung vor dem Sitzungssaal anzubringen und sicherzustellen, dass keine Person den Saal betritt, die nicht sicherheitsüberprüft und ermächtigt ist.

Die Fertigung von Sitzungsnotizen als sogenanntes Zwischenmaterial im Sinne von § 1 Abs. 2 Geheimschutzordnung wird zugelassen. Ich weise aber darauf hin, dass gefertigte Sitzungsnotizen am Ende der Sitzung zur Vernichtung oder vorübergehenden Aufbewahrung beim Sekretariat abzugeben sind.

Wie bereits beschlossen, wird der Sitzungsverlauf in einem stenografischen Protokoll festgehalten. Die Verteilung des Protokolls erfolgt dann nach Ziffer 2 des Beschlusses vom 16. Januar 2003 über die Verteilung von Verschlussachen. - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Wir tagen also nunmehr Geheim, und ich bitte, den Zeugen wieder hereinzurufen.

(Zuruf: Einen Moment! Die Akten!)

- Halt! Halt!

(Die Geheimakten werden in den Saal gebracht)

Sind jetzt alle Akten am richtigen Ort und an richtiger Stelle? - Wir tagen dann nunmehr also Geheim, und ich bitte, den Zeugen hereinzurufen.

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen Dr. Franz Josef Jung**

Herr Dr. Jung, wir tagen nunmehr Geheim und fahren mit der Zeugenbefragung fort. - Ich frage zuerst die CDU/CSU-Fraktion, ob sie das Wort wünscht.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, wir haben im geheimen Teil keine Fragen vorläufig; aber wir möchten darum bitten, dass wir die Berliner Stunde in entsprechender Form durchführen, damit wir einen zeitlichen Rahmen haben.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Gut. - Dann gebe ich der SPD-Fraktion das Wort.

Rainer Arnold (SPD): Herr Dr. Jung, ich konnte vorher, weil es zu Geheim war, dieses Thema nicht - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Bitte ans Mikrofon!

Rainer Arnold (SPD): Ja, Entschuldigung.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Wir verstehen es wirklich nicht.

Rainer Arnold (SPD): Ja, ich glaube es Ihnen doch. - Wir konnten das nicht weiter ausführen, weil dann festgestellt wurde, dass es geheim ist. Sie sagten vorhin, diesen IAT-Bericht hätten Sie transparent gemacht, auch gegenüber uns Obleuten und gegenüber der Öffentlichkeit.

Ich habe keine Zeitung gefunden - vielleicht können Sie mir weiterhelfen - ,

Manches ist vorläufig, muss weiter untersucht werden, einiges kann aber bereits als Schlussfolgerung gezogen werden. Wo haben Sie dies in dieser Ausführlichkeit den Medien kundgetan, um dem Ziel, Transparenz herzustellen, zu genügen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Zunächst, damit wir hier nicht von unterschiedlichen Dingen sprechen: Das war ja der Voruntersuchungsbericht für die nachherige NATO-

Untersuchung, und an diesem Bericht hat mitgewirkt von uns der Oberst N [REDACTED].

Und der Oberst N [REDACTED] hatte damals geschildert, dass zwölf Personen im Krankenhaus seien, darunter ein 10-jähriger Junge, zwei 14-jährige Jungen und neun weitere Personen. Er hatte weiter geschildert, dass die Taliban männliche Bewohner gezwungen hätten, zu helfen. Er hatte geschildert, dass am nächsten Tag nur noch zwei im Krankenhaus gewesen seien, zwei seien gestorben, acht nach Kabul verlegt worden. Er hatte geschildert, dass der Junge aus der Ortschaft Benzin holen wollte, dass er aber von den Insurgents, so hat er geschrieben, abgehalten worden sei, sich dem Tanklastwagen zu nähern. Der Junge stand im Wasser und zog sich deshalb nach dem Luftschlag Brandverletzungen zu. Er hat ferner geschrieben, dass die Distriktmanager den nächtlichen Einsatz befürwortet hätten, dass 80 Taliban getötet worden seien, vier von ... (akustisch unverständlich) seien dabei. 14 Bewohner aus der Ortschaft seien ums Leben gekommen. Dahinter war dann handschriftlich vermerkt: „Taliban?“, und Mitglieder des Provincial Council hätten den Luftschlag begrüßt - auch das Vorgehen gegen die Taliban.

Das war im Grunde genommen der Bericht, wie ihn - jetzt kurz zusammengefasst in wesentlichen Punkten - Herr N [REDACTED] abgegeben hatte, und über diesen Bericht habe ich auch entsprechend informiert; denn - - Ich will des Weiteren sagen, dass in der presseverwertbaren Stellungnahme, die vorher den Obleuten zugeht - das war am 07.09. -, drinstand: „Zwölf männliche Verletzte, darunter ein zehnjähriger Junge“, also, was ich gerade gesagt habe, das mit den Brandverletzungen.

Dann hatten wir auch Bezug genommen auf das Thema *Washington Post*, [REDACTED]

[REDACTED] Dann haben wir das Schreiben der Afghanen dargestellt, dass die Offiziellen aus Kunduz das begrüßt hätten, und darüber haben wir dann auch noch ausführlicher gesprochen in der Obleuteunterrichtung.

In der Obleuteunterrichtung hat dann der Generalinspekteur - das weiß ich noch ganz genau - auch die Fragen aufgeworfen, wa-

rum beispielsweise Herr Klein Herr General Vollmer nicht informiert hat, hat die Fragen aufgeworfen im Hinblick auf das Thema dieser vier Taliban-Führer - Sie wissen das ja; Sie waren ja dabei -, und das waren aber Punkte, die auch natürlich noch nicht sicher feststanden. Er hat es aber als Frage formuliert, und deshalb haben wir über die Fakten, die vorhanden waren - deshalb so die presseverwertbare Stellungnahme, wie ich es Ihnen gerade gesagt habe -, auch dann nicht nur das Parlament, sondern auch dann die Öffentlichkeit informiert.

Rainer Arnold (SPD): Herr Dr. Jung, Herr Minister - können wir ruhig auch dabei bleiben -, es ist mir schon klar, dass mit dem Eingang dieses Berichts ein realistischeres Bild über die zivilen Opfer gemacht wurde.

[REDACTED] und ich lege schon Wert darauf, dass wir da nicht informiert wurden über die drängenden Fragen. Sonst wäre ich auch nicht an die Medien gegangen und hätte gesagt: „Ich bin generell der Auffassung, dass ein Abwurf auf eine große Menschenansammlung riskant ist“, sondern dann hätte ich mich schon auf Einsatzregeln oder ähnliche Dinge bezogen. Diese Information hat uns gefehlt, und Sie haben ja gerade auch nicht gesagt, dass Sie uns die gegeben haben.

Das Zweite, was ich fragen wollte: Ist Ihnen bekannt, wie die Zahl 54 Tote zustande gekommen ist?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Zunächst will ich noch mal sagen, dass der Generalinspekteur - das habe ich Ihnen gerade gesagt - darüber informiert hat am 8. September im Rahmen der Obleuteunterrichtung im Verteidigungsausschuss und Auswärtigen Ausschuss.

Zweitens. Ich habe gesagt und mein Kenntnisstand war der, dass die ersten Meldungen gelaufen sind mit 56 Toten und 14 Verletzten und dass dann bei den Afghanen in ihrem Bericht drinstand: 56 Tote und 12 Verletzte. Das ist mein Kenntnisstand im Hinblick auf diese Zahlen, und ich habe Ihnen ja gerade gesagt, dass wir deshalb am Anfang - [REDACTED]

[REDACTED] Das hatte immer wieder

verschiedenste Zahlen dann gegeben: Da waren mal 69 Taliban tot, mal 11 Taliban verletzt, dann waren 30 Zivilisten tot, 9 Zivilisten verletzt.

Das hat ja unglaublich variiert, und deshalb haben wir auch gesagt: Wir konzentrieren uns auf die NATO-Untersuchung. - Und wir haben von unserer Warte her außer im Rahmen der presseverwertbaren Stellungnahme - - Da haben wir - das stimmt, was Sie dort sagen - von den 56 Toten gesprochen, die ja ihren Bezug hatten aufgrund des Berichtes der Afghanen.

Rainer Arnold (SPD): Unser Kenntnisstand ist, dass die 56 aufgrund einer Berechnungsmodalität der gezählten Menschen dort von den Luftbildern - - Und davon sind es 80 Prozent, weil dies der Erfahrungswert ist, wie viele zu Tode kommen bei einem derartigen Bombenabwurf. Das ist unser Kenntnisstand. Wurde Ihnen der auch irgendwann mal vorgetragen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe im Nachhinein gehört, dass es mal so eine Berechnungsmethode gegeben hat, aber ich bin - - Diese 56 waren für mich dort dann mit einer gewissen Sicherheit, als die gesamten afghanischen Verantwortlichen - ich habe Ihnen das vorgetragen, wer das alles war - in ihrem Schreiben gesagt haben - - Nach Besprechung mit Dorfbewohnern, nach Augenzeugen kamen die zu diesen 56 Toten.

Rainer Arnold (SPD): Meine letzte Frage: Haben Sie mit meinem Kollegen Sprecher Bernd Siebert und der Ausschussvorsitzenden darüber gesprochen, dass man den IAT-Bericht den Obleuten nicht zur Verfügung stellt? Haben Sie hier eine Abstimmung gesucht?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Da muss ich Ihnen ehrlich sagen: Da bin ich jetzt überfragt. Ich weiß nur, dass wir über den Bericht informiert haben - aus meiner Erinnerung im Rahmen der Obleuteunterrichtung am 8.

Rainer Arnold (SPD): Okay, keine weiteren Fragen. - Danke.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Keine weiteren Fragen mehr. - FDP-Fraktion?

Joachim Spatz (FDP): Keine Fragen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann gebe ich der Fraktion Die Linke das Wort.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Zunächst wollte ich die Frage aufgreifen, die ich drüben schon gestellt hatte, und zwar, dass zum einen der Bericht des Sachstandes zur Unterrichtung des Bundeskanzleramts und die schriftliche Unterrichtung der Obleute, beides vom 07.09., sich in einem wichtigen Detail widersprechen. Nun suche ich die entsprechenden Stellen heraus.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Sagen Sie mir doch nur, welches Detail es sein soll.

Christine Buchholz (DIE LINKE): In dem Bericht zur Unterrichtung des Bundeskanzleramtes, steht drin:

Darüber hinaus geht das Team davon aus, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit

- high degree of certainty -

~~auch etliche~~

- durchgestrichen -

Zivilisten getötet oder verletzt wurden.

Das sozusagen ist Teil dieses Dokuments, während die Obleuteunterrichtung in vielen Punkten sozusagen identisch ist, aber genau diese Passage fehlt. Wie kann ich mir das erklären?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Da, muss ich Ihnen jetzt sagen, bin ich im Moment überfragt; denn aus meiner Kenntnis war auch im Rahmen des Pressestatements hier das entsprechend mit beinhaltet. Ich weiß auf jeden Fall allerdings sicher, dass wir im Rahmen der Obleuteunterrichtung am 8. das eindeutig so vorgetragen haben im Hinblick auf die Frage „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“, [REDACTED].

Christine Buchholz (DIE LINKE): Das heißt, Sie können mir das jetzt nicht erklären?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Aber ich habe jetzt - - Stopp! Ich habe jetzt - - Also,

meine Aufzeichnungen weisen auf, dass in der presseverwertbaren Stellungnahme vorab an die Obleute stand, dass das Team davon ausgehe, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch Zivilisten getötet oder verletzt wurden, und auf jeden Fall - das habe ich mir auch noch mal aufgeschrieben -, dass wir die Obleute auch so entsprechend noch mal mündlich unterrichtet haben.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Ich kann Ihnen die Unterlagen gern zur Verfügung stellen; aber in der Unterrichtung, die uns vorliegt - das ist MAT 17-27 a, und zwar die Blätter 28 bis 31 -, ist diese Formulierung dort nicht zu finden, während sie in der Darstellung des Sachstandes, die in demselben Ordner - Blatt 25 und 26 - zu finden ist, sich findet. Vielleicht könnte das dem Kollegen zur Verfügung gestellt werden.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Da können wir uns die Zeit sparen. Dass das meine Erinnerung ist, das kann man ja auch in den Akten nachprüfen. Ich weiß nur - und das weiß ich allerdings sicher -, dass wir das am 8. September bei der Obleuteunterrichtung im Verteidigungsausschuss und Auswärtigen Ausschuss so formuliert haben.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Gut, dann halte ich jetzt fest, dass es zumindest aus den Unterlagen, aus der schriftlichen Unterlage, nicht hervorgeht.

Meine zweite Frage bezieht sich auch auf eine Diskrepanz zwischen einem Material, und zwar der presseverwertbaren Stellungnahme zum Eingang des Berichts des Initial Action Teams. Dort befinden sich - - Ich weiß nicht, ob Sie das auch vorliegen haben oder ob Ihnen das vorgelegt werden soll.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Sagen Sie mal.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Na, wenn Sie das alles im Kopf haben. - In dieser presseverwertbaren Stellungnahme vom 10.09. finden sich mehrere durchgestrichene Aussagen darüber, wie dieser Bericht einzuschätzen ist. Ich lese Ihnen das vor:

Der Bericht des ... Initial Action Teams nimmt keine abschließende Bewertung vor ~~er enthält keinerlei~~

~~Vorverurteilungen, Einschätzungen oder Schlussfolgerungen, sondern hält lediglich vor Ort durch das Team gewonnene Eindrücke fest und wirft Fragen auf - -~~

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Buchholz, das müssen wir doch vorlegen. Das kann niemand so nachvollziehen.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Gut.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Sagen Sie mal - -

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Frau Vorsitzende, wenn Sie mir das gestatten: Ich kann es nachvollziehen.

(Heiterkeit)

Christine Buchholz (DIE LINKE): Aber damit die anderen Kollegen das auch nachvollziehen können: Das ist MAT 17-27 a, und zwar Blatt 129.

(Zurufe: Welcher Ordner?)

- Ordner 1. Entschuldigung, ich bin beim Ordner 1 immer noch.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Was soll denn da falsch sein, hören Sie mal? Das war eine Voruntersuchung. Das ist kein abschließender Bericht.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Warten Sie. Ich glaube, Sie müssen mal eben kurz ein bisschen warten, denn die Kollegen müssen es ja nachvollziehen.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Geben Sie mir ein Signal, wenn ich weitermachen soll?

(Hellmut Königshaus (FDP): Wenn die Uhr tickt!)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Sie tickt nicht.

(Hellmut Königshaus (FDP): Ich meine: Wenn sie wieder tickt!)

Christine Buchholz (DIE LINKE): Okay. - Ich wiederhole: Ich verweise jetzt auf zwei

Absätze in dieser presseverwertbaren Stellungnahme. Zum einen befindet sich der Absatz da:

Der Bericht des ... Initial Action Teams nimmt keine abschließende Bewertung vor ~~er enthält keinerlei Vorverurteilungen, Einschätzungen oder Schlussfolgerungen~~, sondern hält lediglich vor Ort durch das Team gewonnene Eindrücke fest und wirft Fragen auf, die es im Rahmen des formalen Untersuchungsverfahrens zu klären gilt.

Dort ist folgende Einfügung gestrichen:

~~er enthält keinerlei Vorverurteilungen, Einschätzungen oder Schlussfolgerungen,~~

Dann ist noch mal ein „lediglich“ gestrichen.

Dann gibt es einen zweiten Absatz; der heißt:

Die formale Untersuchung des COMISAF wird unterstützt. ... Der Abschluss der Untersuchung ist nicht terminiert.

Gestrichen ist in diesem Absatz die Formulierung:

~~Wir begrüßen die durch COMISAF eingeleitete ... und werden sie in jeder Hinsicht unterstützen ... Die Untersuchung wird voraussichtlich einige Wochen andauern.~~

Jetzt komme ich zu einem zweiten Dokument, nämlich der Unterlage zur Unterrichtung der Obleute, ebenfalls am 10.09. Die befindet sich im selben Ordner, Blatt 141. - Dort ist - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Stimmt die Blattangabe?

(Salvador Becker (BT) schüttelt den Kopf)

- Die finden das dort nicht.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Okay. - Entschuldigung: 149. Dort, in diesem Sprechzettel, taucht genau die herausgestrichene Passage - keine Vorverurteilungen, Einschätzungen oder Schlussfolgerungen - auf, und es wird behauptet, das Initial Action Team nehme ausdrücklich keine Bewertung vor, was ja nicht dem entspricht, was ich eben

vorgelegt habe. Wie können Sie mir diese Diskrepanz erklären?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Zunächst will ich Ihnen sagen, dass Ihr erstes zitiertes Dokument, wenn ich es richtig sehe, vom Einsatzführungsstab war, die das entsprechend so vorbereitet haben, und das zweite Dokument eine Vorbereitung war des Planungsstabs für den Generalinspekteur zur entsprechenden Unterrichtung, und das sind zwei Paar unterschiedliche Dinge; da haben Sie vollkommen recht. Aber der Sachverhalt, so, wie er dort geschildert worden ist im Hinblick auf den Einsatzführungsstab: Es waren Voruntersuchungen, es war kein abschließender Bericht. Das alles, was Sie gerade vorgetragen haben, war ja auch zutreffend.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Aber die Frage stellt sich ja schon, wenn dort eine Einschätzung herausgestrichen wird, warum sie dann in der Obleuteunterrichtung wieder aufgegriffen wird.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, da muss ich Sie korrigieren: Das ist ein Entwurf des Planungsstabes. Ich habe auch öfter solche Entwürfe bekommen, habe die aber nie wörtlich weitergegeben, sondern habe dort entsprechend die Einschätzung so weitergegeben, wie ich sie für richtig erachtet habe.

Das ist eine Zuarbeit für den Generalinspekteur. Was er jetzt im Einzelnen dort - - Wie er das formuliert hat, das kann ich Ihnen jetzt nicht mehr aus der Erinnerung sagen. Ich weiß nur, dass allgemein über diesen Bericht informiert worden ist, und ich habe ja gerade auch auf die Frage des Kollegen Arnold geantwortet, dass auch Fragen erörtert worden sind im Zusammenhang mit der Frage General Vollmer usw., die darüber hinausgehen.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Ich habe noch eine letzte Frage, und dann macht der Kollege Schäfer noch kurz weiter. Und zwar beziehe ich mich jetzt auf eine Information, die ich aus dem COMISAF habe, wo ich weiß, der hat Ihnen nicht vorgelegen. Aber die Information möchte ich Ihnen vortragen, nämlich in dem Punkt 23.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Deutsche oder englische Version?

Christine Buchholz (DIE LINKE): Deutsche Version.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Deutsche.

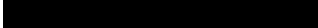
(Dem Zeugen werden Unterlagen
vorgelegt)

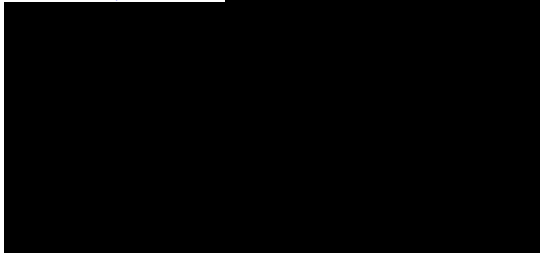
Christine Buchholz (DIE LINKE): Mich beschäftigt die Frage der Quelle oder auch der weiteren Quellen. Ich habe das ja eben schon in der öffentlichen Sitzung angesprochen. Das eine war ja die Frage, ob es tatsächlich eine weitere Quelle gibt. Da ist in dem Dokument, was ich eben sozusagen Ihnen vorgelegt hatte, der Information der Obleute, auch von Quellen gesprochen worden. Das heißt, darüber würde ich gerne mit Ihnen noch mal sprechen, also die Frage, inwiefern tatsächlich auch Ihres Wissens nach von mehreren Quellen gesprochen wurde.

Eine zweite Frage. Das bezieht sich jetzt auf diesen Bericht, 





(Burkhardt Müller-Sönksen (FDP):
Was hat das jetzt mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun?)

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich will Ihnen zunächst Folgendes sagen: Oberst Klein hatte darauf hingewiesen, dass das eine sehr sichere Quelle ist. 

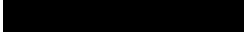
 Deshalb ist hier bei dieser HUMINT-Quelle von einer sehr sicheren Information ausgegangen worden.

Ich weiß noch: Als dann der Generalinspekteur zurückkam - das habe ich vorhin auch unter Geheim gestellt -, haben wir die Obleute ja telefonisch unterrichtet, und zwar gemeinsam mit dem Generalinspekteur. Das war am 16. September.

Damals hieß es erstens, dass der COMISAF-Bericht so in etwa Mitte Oktober komme. 

 Dann war auch deutlich geworden, dass die erste Meldung, 56/14, doch vermutlich nicht korrekt ist. Auch das wurde informiert, auch, dass die Überflugwarnung abgelehnt worden ist, auch, dass Verstöße gegen die Weisungslage des COMISAF möglich seien und dass auch das Thema „troops in contact“ schwer zu begründen sei.

Das war die Obleuteunterrichtung, die wir gemacht haben, nachdem der Generalinspekteur zurückkam, und ich kann daraus nur noch einmal wiedergeben, dass diese HUMINT-Quelle einen sehr hohen Sicherheitsgrad im Hinblick auf die Solidität ihrer Informationen darstellte.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Und das kann nicht insofern sozusagen zum Problem werden, wenn die Information von dieser angeblich sichere Quelle tatsächlich  erst mal läuft, bis sie beim Empfänger ankommt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich kann Ihnen nur sagen, dass mir auch Oberst Klein berichtet hat, dass er diese Quelle hatte, die eben diesen Sicherheitsgrad hat, und ich sage Ihnen ja, dass der Generalinspekteur danach noch einen höheren Sicherheitsgrad angenommen hat und dass er aufgrund dieser Information und der Bilder, die er hatte - oder der Kenntnis, die er hatte -, dann die Entscheidung getroffen hat und davon ausging - so seine Formulierung -, dass es mit höchster Wahrscheinlichkeit auch nur Taliban sind.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: So, die Zeit ist um. - Ich gebe jetzt Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Jung, Sie haben uns vorhin erklärt, dass Sie keine relevanten Unterschiede sehen oder keine relevanten Informationen erken-

nen können im Feldjägerbericht, die im COMISAF nicht enthalten seien. Nun ging es nicht, dass wir in der öffentlichen Sitzung da in die Tiefe gehen. Könnten Sie das jetzt vertiefen, oder wollen Sie das jetzt vertiefen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja, ich will Ihnen hierzu Folgendes sagen - - Augenblick einmal; ich will mir gerade noch mal meine Aufzeichnungen anschauen.

[REDACTED]

Im Feldjägerbericht war - das habe ich ja gesagt - nachteilig für Oberst Klein, und ansonsten stand nach meinem Kenntnisstand drin: 87 Tote; bis auf 10 Zivilisten seien es alle Insurgents gewesen. Also von daher wick das nicht ab von den unterschiedlichen Berichten, die auch zwischenzeitlich vorlagen - ich habe gerade von dieser afghanischen Untersuchungskommission gesprochen -, sodass alles darauf ankam, was letztlich hier die NATO jetzt dazu wahrheitsgemäß ermittelt.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): [REDACTED]

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben gerade beschrieben, dass Oberst Klein die Zahl der Leichen genannt hat, die man vorgefunden habe, und die Zahl der Waffen, die man vorgefunden habe. Habe ich jetzt was vergessen, oder gab es noch mehr? Oder wie war das?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Zahlen hat er nicht vorgetragen. Er hat nur gesagt, dass es dort verkohlte Gewehre gab und dass aus der Tatsache, dass keine Leichen mehr da waren, genau geschlossen worden ist, dass es eben keine zivilen - - Das war seine Schlussfolgerung.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Dann habe ich Sie richtig verstanden, habe es nur falsch wiedergegeben. - Er hat auch andere Indizien genannt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, die ich Ihnen gerade vorgetragen habe.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also nicht das Argument, dass es Ramadan gewesen sei und deshalb die Leute nachts nicht auf den Straßen seien?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, das war in dem Gespräch nicht der Fall.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Aber gut, mir war natürlich schon klar, dass es nachts um halb zwei war.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Die Frage, die ich vorhin

gestellt habe nach dem Wann - wann der NATO-Bericht kommt -: Ich habe das vorhin nur auf den Stavridis-Besuch bezogen. Gab es andere Gespräche, Aktivitäten, welche auch immer, die Einfluss nehmen sollten oder wollten auf den Eingang des NATO-Berichts, aufs Datum?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein. Ich habe Ihnen ja gerade gesagt: Am 16.09. - und darüber haben wir auch die Obleute unterrichtet -, als der Generalinspekteur zurückkam - er hatte ja mit McSullivan gesprochen; McSullivan ist im Grunde genommen der Verantwortliche gewesen für den Untersuchungsbericht; eingesetzt von General McChrystal -, hat er mitgebracht, dass der COMISAF den Bericht bis Mitte Oktober erwarte, und darüber haben wir auch die Obleute unterrichtet.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin gesagt, dass es keine explizite Vorbereitung gegeben hat für den Tag, an dem der Bericht kommt, sondern man den Bericht abwarten wollte und sollte. Ich würde gern den Vorhalt machen: MAT 17-22 a, Ordner Staatssekretär Dr. Wichert 3, Seite 439 folgende.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Ich beziehe mich auf - - Das ist ein Fax von 13 Seiten. Ich beziehe mich erst mal auf Seite 2, also 440 in Ihrem Aktenordner.

(Zuruf)

- Genau; also nicht 439, sondern 440. - Dort ist ein Brief, wenn ich mich nicht irre, vom Staatssekretär Wichert an den Herrn Minister. Das Datum ist entweder nicht eingetragen oder gelöscht, aber jedenfalls Oktober 2009. Das Fax ist eingegangen am 23. Oktober 2009, wenn man dem Faxstempel glauben kann. Dort wird in der zweiten Zeile des Briefs erst mal vorgetragen:

Der Bericht COMISAF

- der NATO-Bericht -

soll am 26. Oktober 2009 offiziell dem BMVg zugeleitet werden.

Wissen Sie, warum es erst am 28. passiert ist und nicht am 26.?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das kann ich Ihnen nun wirklich nicht sagen. Ich habe

Ihnen gerade gesagt, dass ich mit General Wieker besprochen hatte, der ja in Afghanistan war und Chef des Stabes war, dass, wenn der Bericht da ist, wir ihn sofort bekommen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das Schreiben, aus dem ich gerade zitiere, das kennen Sie schon? Das ist ja an Sie gegangen.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Das ist mir jetzt so unmittelbar nicht in Erinnerung, wie ich es hier sehe.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Da steht nämlich etwas anderes als das, was Sie vorhin gesagt haben, nämlich:

Es müssen jetzt dabei umgehend, unabhängig von den konkreten Aussagen des Berichts, zu folgenden Punkten Festlegungen getroffen werden: Inhalt und Tendenz der ersten bewertenden Stellungnahmen der politischen und militärischen Führung, weiterer verfahrensmäßiger Umgang mit dem Bericht, insbesondere die Information des parlamentarischen Berichts, und die Übergabe an die Generalstaatsanwaltschaft Dresden. Maßgeblich sollten dabei sein ...

Ich lese den Rest nicht vor. Vor allem ab Seite 4 dieses Fax, nämlich Seite 442 folgende, kommt dann: „Sprechempfehlung Generalinspekteur zu Luftangriff am 4. September 2009“, und das geht an Sie. Kennen Sie das nicht?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das ist die Sprechempfehlung des Generalinspekteurs. Oder?

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Das ist ja an Sie gegangen. Das ist ja eine Anlage zum Brief an den Herrn Minister.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich weiß nur, dass im Hinblick auf die Vorbereitung der Planungsstab - - dass darüber gesprochen worden ist, dass wir eine gemeinsame Stellungnahme ausarbeiten zwischen Generalinspekteur und mir. Aber, wie gesagt, da der Bericht noch nicht da war, muss man erst

einmal den Bericht abwarten, um dann auch eine entsprechende Stellungnahme zu dem Bericht auszuarbeiten. Wenn dort gegebenenfalls schon vorher der Planungsstab entsprechende Arbeiten gemacht hat, dann war das eine Vorbereitung dazu. Aber der Fakt war ja noch gar nicht da.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich frage jetzt die SPD-Fraktion: Gibt es noch Fragen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: An dieser Stelle darf ich gleich anmerken, dass wir nicht immer die Formulierung des Planungsstabes übernommen haben.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich frage die SPD-Fraktion: Sind noch Fragen da?

(Rainer Arnold (SPD): Nein!)

- Nein. - Dann würde ich die Fraktion Die Linke bitten.

(Michael Brand (CDU/CSU): Berliner Stunde!)

Moment, Herr Kollege Schäfer. - Die CDU/CSU-Fraktion hat noch Fragen?

Michael Brand (CDU/CSU): Ich habe eine einzige Nachfrage zu einem Gegenstand, über den wir gerade schon einmal drüben gesprochen haben, nämlich über die Entscheidung am 5. Oktober, den Feldjägerbericht an die NATO weiterzugeben. Ich habe Sie richtig verstanden, dass die Entscheidung gemeinsam nach Rücksprache mit dem Generalinspekteur so gefallen ist, ihn an die NATO weiterzugeben?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ja, wir haben darüber gesprochen, und ich habe ja gesagt: Es war insbesondere auch mein Petition - dass uns nicht der Vorwurf gemacht wird, wir unterdrücken hier irgendetwas, was nachteilig ist -, wir geben das der Untersuchungskommission der NATO. Das ist auch am 7. Oktober, wenn ich es richtig weiß, bei der NATO eingegangen.

Michael Brand (CDU/CSU): Ich habe richtig verstanden, dass Anfang September - jetzt kann ich den Namen ja dazusagen, weil wir im geheimen Teil sind - das, was der Oberstleutnant B. vor Ort getan hat auf Befehl von General Vollmer, nicht mit Ihnen

abgestimmt war Anfang September, sondern das hat der Generalinspekteur entschieden, dass diese Untersuchung nicht mehr weiter stattfindet, Anfang September?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nach meinem Kenntnisstand war es so, dass der General Vollmer das entsprechend veranlasst hat und dass, als der Generalinspekteur vor Ort war und davon erfahren hat, nachdem wir ja besprochen hatten, es gibt keine eigene Untersuchung, er dann dort diese Untersuchung unterbunden hat. Diesbezüglich hat er mich auch später entsprechend unterrichtet.

Michael Brand (CDU/CSU): Aber das bezieht sich auf Oktober. Anfang September waren Sie nicht eingebunden in die Entscheidung, dass die laufende Untersuchung, die es ja schon gab durch den Oberstleutnant B. - - Da waren Sie nicht eingebunden?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe expressis verbis nicht gewusst, dass er diese Untersuchung dort unterbunden hat. Aber aus einem konkludenten Gespräch konnte er natürlich daraus schließen; denn wir hatten ja gesagt, es gibt keine eigene Untersuchung. Aber dass er diese Unterbindung vorgenommen hat, das habe ich dann erst im Gespräch am 5. Oktober erfahren.

Michael Brand (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Jetzt gebe ich das Wort der Fraktion Die Linke.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ja, ich will doch noch mal nachfragen, was diese Quelle oder die Quellen anbetrifft, aufgrund deren Erkenntnisse dann Oberst Klein gehandelt hat. Sie haben jetzt noch mal über die Qualität dieser HUMINT-Quelle gesprochen. Das war aber jetzt nicht der Punkt, sondern es ging ja darum, dass aus Ihrem Hause vorgetragen wurde gegenüber der Bundespressekonferenz. Zum Beispiel am 07.09. sagt der Pressesprecher Dr. Raabe:

Ich hatte gesagt, dass Bilder durch das B-1B-Flugzeug und das Live-Video durch F-15 übermittelt worden sind. Dazu kommt die „HUMINT“, wie wir sagen, also eine menschliche Quelle, die das beo-

bachtet hat. Es gibt eine weitere Quelle, über die wir nicht reden.

Das wiederholt er noch an mehreren Stellen und sagt - Oberst im PRT -:

Ich hatte dargestellt, dass er mehrere gute Quellen

- jetzt sogar schon mehrere gute Quellen -

hatte und dass er aufgrund dieser Quellen diese Entscheidung getroffen hat.

Noch mal etwas später kommt auch:

Außerdem haben wir eben eine menschliche Quelle, die auch berichtet hat. Wie ich gesagt habe, haben wir noch eine weitere Quelle, über die wir nicht öffentlich reden.

Da ist einfach die Frage, ob Sie Erkenntnisse darüber haben, um welche Quelle es sich da handelt.

Es ist, wie gesagt, mehrfach bei diesen Pressekonferenzen gesagt worden. Deshalb - ich meine, es kam ja aus dem Ministerium - einfach meine Frage, welche Erkenntnisse Sie in dieser Hinsicht hatten zu diesem Zeitpunkt.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich hatte diesbezüglich keine weiteren Erkenntnisse. Ich habe auch, wie Sie wissen, Kollege Schäfer, weil Sie dabei waren, im Rahmen der Obleuteunterrichtung auch durch den Generalinspekteur immer nur von der HUMINT-Quelle gesprochen. Ich habe nachher - - Es gab auch ein Gespräch darüber, eine Diskussion, dass der Pressesprecher hier eine weitere Information bekommen hatte. Aber das war nicht meine Information; darüber habe ich auch nicht gesprochen. Deshalb ist das eine Frage, die sich an ihn richtet. Wir haben immer - das wissen Sie - von dieser einen HUMINT-Quelle gesprochen, auch mit der hohen Qualität.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Aber kann es sein - -

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich sage, wie es Generalinspekteur - -

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Aber kann es sein, dass Sie sozusagen dann unterschiedlich vorgetragen haben aus Ihrem Hause, also einmal gegenüber den Obleuten

und dann gegenüber der Bundespressekonferenz? Wie kann das denn sein?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Es kann ein Missverständnis dort vorliegen; aber das möge Ihnen bitte der Herr Dr. Raabe selbst erläutern.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Herr Dr. Jung, wann haben Sie denn zum ersten Mal von dem Vorgang gehört, dass die Piloten vorgeschlagen haben, bevor man also sozusagen das Feuer freigibt, dass man eine „show of force“ machen könnte - Tiefflug -, um die Menschenmenge auf der Sandbank zu zerstreuen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das habe ich Ihnen gerade gesagt. Als der Generalinspekteur zurückkam, haben wir darüber gesprochen, und wir haben auch im Rahmen der Obleuteunterrichtung - ich weiß gar nicht, ob Sie da am Telefon waren, aber wahrscheinlich ja - gesagt, dass hier eine Überflugwarnung entsprechend vonseiten Oberst Kleins abgelehnt worden ist. Das bezog sich genau auf diesen Vorgang.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Den IAT-Bericht haben Sie also vor dieser Obleuteunterrichtung am 11.09. gelesen gehabt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Langsam! Ich habe Ihnen doch gerade gesagt: Ich habe - -

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Das ist jetzt eine Frage für sich: Haben Sie den IAT-Bericht vor dieser Obleuteunterrichtung am 11.09. gelesen gehabt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich habe die Information aus diesem Bericht von unserem Mitglied Herrn N██████ gehabt. Ich habe über diese entsprechende Information die Obleute unterrichtet; und ich habe das bereits getan am 18. September.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Dann ein Vorhalt. Das sind die Unterlagen, die uns aus dem Verteidigungsausschuss zur Verfügung gestellt worden sind, die beigezogen wurden, Tagebuch Nr. 04/09, und da ist der IAT-Bericht drin. Da gibt es eine Chronologie

der Ereignisse, Annex A. Das möchte ich Ihnen einfach vorlegen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Schäfer, ich glaube, unsere Leute haben das nicht ganz mitgekriegt. Sagen Sie es noch mal, bitte?

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ja, das ist aus den Unterlagen, die aus dem Verteidigungsausschuss herbeigezogen worden sind.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Die haben wir ja nicht hier.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ach so. Ich kann es ja erst einmal vorlegen und erläutere es noch mal, damit es transparent ist, wenn Sie die jetzt nicht da haben.

(Abg. Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE) legt dem Zeugen Unterlagen vor - Er und der Zeuge nehmen am Platz des Zeugen Einblick in diese Unterlagen)

Wie gesagt, da geht es um die Chronologie der Ereignisse, und da gibt es eine bestimmte Meldung ... (akustisch unverständlich) Hier geht es um die letzte Zeile.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Was ist jetzt Ihre Frage?

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): [REDACTED]

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: [REDACTED]

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): [REDACTED]

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das ist der IAT-Bericht.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Und wann ist das aus Ihrer Sicht dem Verteidigungsausschuss zugegangen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Wo ist jetzt die Frage? Wir haben die Obleute unterricht-

et, dass wir den Bericht haben. Wir haben - Augenblick einmal - Sie sagen ja selbst, dass es dem Verteidigungsausschuss entsprechend zugegangen ist.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Nein, die Frage ist - -

(Hellmut Königshaus (FDP): Mikro!)

Meine Frage, Herr Dr. Jung, ist, ob bei der Sitzung der Obleute am 11.09., in der über diesen IAT-Bericht ja, wie wir jetzt mehrfach gehört haben, umfassend berichtet worden ist, über diesen Punkt, der in dem IAT-Bericht steht, der nicht unwichtig ist, berichtet worden ist oder nicht, Ihrer Erinnerung nach.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Zunächst will ich Ihnen sagen, dass wir die Obleute unterrichtet haben bereits am 9. September, dass dieser Bericht vorliegt. Wir haben dann - - Wenn ich sage „wir“, dann wissen Sie selbst, wie das ablief. Ich habe immer erst vorgetragen, allgemein vorgetragen, und dann hat der Generalinspekteur das entsprechend konkretisiert. Ich kann mich erinnern, dass er zu mehreren Punkten, die eher ein bisschen kritisch waren, auch im Hinblick auf das Verhalten von Oberst Klein, dort auch vorgetragen hat; und ich gehe jetzt davon aus, dass das damals auch mit beinhaltet war.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Diese Frage habe ich dem Generalinspekteur auch gestellt gehabt hier in der Sitzung. Er hat an der Stelle - das kann man ja dann nachlesen - gesagt, [REDACTED]

[REDACTED] Ich wollte es also an der Stelle nur noch mal festgehalten haben.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Schäfer, Ihre Redezeit ist jetzt zu Ende.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Schade.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Jetzt gebe ich Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Minister, wenn Ihre Aussagen gerade bei den

Obleuten und die Veröffentlichungen Ihres Hauses so weit auseinander liegen, kann ich Sie dann fragen: Hatten Sie Ihr Haus eigentlich im Griff?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich halte die Frage für nicht sachgerecht.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eigentlich auf Reaktionen gewartet. Das ist okay. Herzlichen Dank.

(Burkhardt Müller-Sönksen (FDP):
Wie wollen wir das im Protokoll festhalten?)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Wörtlich.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde Ihnen gerne aus dem, was ich vorhin vorgehalten habe, noch ein, zwei Dinge vorhalten, wenn das okay ist. Soll ich das wiederholen? - MAT 17-22 a, Ordner 3, Wichert, Seite 446 und folgende.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Das ist der weitere Anhang dessen, was ich vorhin vorgetragen habe. Hier kommt jetzt die Sprechempfehlung für Bundesminister Dr. Jung. - Ist Ihnen das nicht bekannt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, das ist mir so im Detail nicht bekannt.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Zwei Seiten weiter steht nämlich:

Nach einer ersten Bewertung bin ich

- Sie, Herr Minister; dann Sprachempfehlung für Sie -

mir mit dem Generalinspekteur darüber einig, dass unter militärisch-operativen Kriterien der Luftschlag im Ergebnis erforderlich, wenn nicht sogar alternativlos war.

Das ist ganz nahe bei dem, was Sie vorhin gesagt haben, dass nämlich Oberst Klein keine Handlungsalternativen gehabt hätte. Das hat aber keinerlei Korrelation miteinander?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein. Das war damals meine Bewertung, und das ist offensichtlich eine Vorbereitung des Planungsstabes, der vielleicht auch das damals aufgenommen hat; denn ich glaube, die Frage, die Sie mir heute gestellt haben, hat auch damals schon eine Rolle gespielt.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. - Ich würde gerne vorhalten aus der Aussage des Zeugen Hauptfeldweibel W., Seite 43, linke Spalte oben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Wenn ich jetzt noch hinzufügen darf, weil das danach kommt: MAT 17-7 zum Beweisabschluss 17-9, Bericht Oberst Klein.

(Salvador Becker (BT): Ich habe keine Ahnung, wo das ist!)

Ich zitiere:

[REDACTED]

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Sie sind so freundlich, zu sagen, wo Sie jetzt zitieren, dass ich das mit verfolgen kann.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oben links, die ersten Ausführungen des Zeugen.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Seite 43? - Ja, okay; ich sehe es.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

[REDACTED]

[REDACTED]

Das ist jetzt eine der vielen Stellen, wo wir eine Aussage haben, bei der gesagt wurde:

[REDACTED]

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Ich denke, ich habe die Frage schon beantwortet, dass ich das nachher erfahren hatte, dass ich aber diese Zahl 56 aus meiner Erinnerung, die ja vorher öffentlich gelaufen ist, konkret erst in dem Bericht der Afghanen, [REDACTED]

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Der nächste Vorhalt, den ich Ihnen machen wollte, liegt hoffentlich auch vor: Seite 3 ganz oben:

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Oberst Klein schreibt in seinem Bericht vom 5. September, den Sie ja derzeit noch erhalten haben:

Ich benötigte fast zwei Stunden zur Entschlussfassung, weil ich und die mich beratenden Kameraden der Verstärkerkräfte Hauptmann N [REDACTED] und Oberfeldwebel W [REDACTED] ...

Er bezeichnet die beiden als Verstärkerkräfte. Nach meinem Verständnis heißt das, das sind Spezialkräfte. Können Sie das bestätigen? Wissen Sie davon was?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Sie wissen doch selbst, was sich nachher entsprechend im Hinblick auf die Informanten herausgestellt hat, von der Task Force bis zu - - so dass ich, glaube ich, das als eine Frage dahinstellen kann, die bekannt ist.

(Burkhardt Müller-Sönksen (FDP):
Eine Fangfrage!)

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich akustisch schon nicht verstanden.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Dass ich die Frage als bekannt voraussetzen kann,

dass er in der Task Force war, dass er dort die entsprechende Unterstützung hatte und dass von daher er sich hier bezieht auf den Hauptmann und auf Oberfeldwebel W [REDACTED], den Sie ja vernommen haben.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Da wissen Sie auch, welche Funktion er hatte.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke sehr. - Ich habe einen letzten Vorhalt, den ich gerne machen würde. Das ist MAT 17-22 a, Ordner 1, GI, Seite 137.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Dritter Punkt. Das ist eine Mail vom 08.09., 16.11 Uhr, von Oberst im Generalstab Hartmut R [REDACTED] an Andreas Krause. Dort bittet der Generalinspekteur Herrn Admiral „as soon as possible“ - dritter Punkt - um die „Vorlage Entwurf Weisung ‚Nichtaussage in Gegenwart von J‘ zur Billigung GenInsp.“. Wissen Sie, was das bedeutet: „Nichtaussage in Gegenwart von J“?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, das - -

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen nicht, ob Sie damit gemeint sind zufällig?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das kenne ich nicht; habe ich noch nie gesehen, diese Mail.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch eine allerletzte Frage. Ich weiß nicht, ob der Kollege Koenigs noch eine Frage hat.

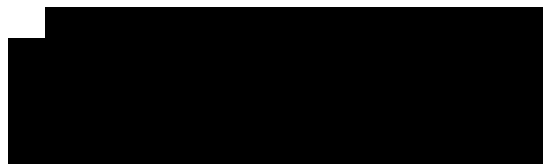
Sie haben vorhin beschrieben, dass Sie sehr verärgert waren darüber, dass der Feldjäger seinen Bericht gemacht hat, obwohl ihm gesagt worden ist, dass er es nicht machen soll. Das ist meine Wortwahl; wenn es jetzt falsch ist, bitte ich um Korrektur. Was

haben Sie daraus für Konsequenzen gezogen? Haben Sie eine Disziplinarstrafe oder was auch immer für eine Konsequenz gezogen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, ich habe mich in der ersten Reaktion, als ich informiert worden bin vom Generalinspekteur, ziemlich ärgerlich gezeigt, weil wir das doch völlig anders besprochen hatten. Er hat mich allerdings dann darauf hingewiesen, dass das über General Vollmer veranlasst worden ist und dass er aber, als er dann in Kunduz war und das auch entsprechend mitbekommen hat, diese Untersuchung gestoppt hat. Von daher hat er mich etwas über den Sachverhalt aufgeklärt. Ich habe mich nur verärgert gezeigt, weil ich von einer anderen Situation ausgegangen bin.

Tom Koenigs (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine Frage, Herr Dr. Jung. Es sind ja heute Informationen über den Ticker gelaufen, dass es irgendwelche Erkenntnisse vom BND gegeben habe, die dem Kanzleramt vorgelegen haben. Sie haben vorhin gesagt, dass Sie davon keine Kenntnis hatten. Haben Sie inzwischen, bevor das heute in der Presse ist, mit irgendjemandem über vergleichbare Untersuchungen oder Erkenntnisse gesprochen, oder hat das in Ihrem Hause überhaupt keine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Wenn Sie von vergleichbaren Erkenntnissen sprechen, dann kann ich Ihnen nur sagen, dass nach einer Obleuteunterrichtung - das war allerdings dann natürlich vor dem Luftschlag - damals der General Bühler als Chef Einsatzführungsstab damals zu mir kam und gesagt hat, dass mittlerweile Erkenntnisse vorliegen würden, sehr konkret, auch mit Einzelheiten, wie die Taliban hier einen größeren Schlag gegen unsere Soldaten planen.



Das beschreibt aber nur die mehr als angespannte Situation, in der wir damals waren, und deshalb, glaube ich, kann man auch nachvollziehen, wenn man sich einmal an die Stelle von Oberst Klein

setzt, dass er damals schon einen sehr triftigen Beweggrund hatte, im Hinblick auf den Schutz für unsere Soldatinnen und Soldaten eine solche Entscheidung zu treffen.

Tom Koenigs (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nicht ganz das, was ich wissen wollte. Wir wissen ja jetzt - -

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Sie sprechen von vergleichbaren Informationen.

Tom Koenigs (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wissen jetzt, wenn wir glauben, dass es diesen BND-Bericht am 4. September gegeben hat, dass da weitere Erkenntnisse drin sind. Die Erkenntnisse sind an einen breiten Verteiler im Kanzleramt gegangen, aber offensichtlich nicht an das Verteidigungsministerium. Oder haben Sie davon etwas gehört?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Davon habe ich nichts gehört. Ich weiß auch nicht, ob das gegebenenfalls an irgendjemanden vom Verteidigungsministerium gegangen ist. Ich kenne den Bericht nicht. Ich habe heute durch *Spiegel online* davon erfahren.

Tom Koenigs (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke sehr.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich frage: Sind noch irgendwo Fragen? - Gut. Dann gebe ich der Fraktion Die Linke das Wort.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ich will noch mal zwei Dinge ansprechen. Einmal geht es um MAT 17-22 bis 22 a, Ordner 2, Staatssekretär Wichert, und dort um das Blatt 329. Das bitte ich vorzulegen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Es handelt sich offensichtlich um einen Text, der von Herrn Staatssekretär Wichert gegangen ist an Sie. Da steht, die Herren BM, Bundesminister, Generalinspekteur Bundeswehr und Leiter Planungsstab, und die Überschrift - ich habe das schon mal hier auch vorgetragen gehabt -:

Für die Reaktion auf den ersten Bericht der NATO halte ich folgende Argumentation für zielführend.

Kennen Sie diesen Text?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das kann schon sein, ja.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Das war ja ein Vorschlag offensichtlich Ihres Staatssekretärs Wichert für eine Argumentation, nachdem der erste Bericht der NATO vorgelegt wurde. - Also, Sie kennen den Text. Wie bewerten Sie ihn heute? Haben Sie ihn sich zu eigen gemacht, oder sagen Sie, das war eine Vorlage?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das war eine Vorlage, und wir haben auch genau - - Ich habe ja vorhin im Einzelnen geschildert, wo wir was dann noch entsprechend besprochen haben. Das war eine von ihm formulierte Vorlage, wobei ich über die Frage der Bewertungen mich immer auch sehr eng abgestimmt habe mit demjenigen, der da für die militärische Beratung zuständig war; das war der Generalinspekteur.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Wenn ich Ihre Aufmerksamkeit dann noch mal auf den vierten Absatz lenken darf: Da geht es um die Frage, die wir auch schon angesprochen hatten, Taliban/Zivilisten: Auch Taliban-Kämpfer sind letztlich Zivilisten usw. Und dann kommt:

Selbst wenn diese ohne Waffen kamen,

- also die, die man aus den Dörfern gerufen hat -

handelte es sich nicht um unbeteiligte, unschuldige Dritte, sondern um aktive Unterstützer von schwerkriminellen Terroristen.

Das wurde ja sozusagen vorgeschlagen, so müsse man das kommunizieren. Was sagen Sie zu dem Satz?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Na gut, ich habe Ihnen doch vorhin schon gesagt, dass selbst die Afghanen nach Augenzeugen- und Dorfbewohnergesprächen zu diesem Ergebnis kamen: „Taliban und deren Verbündete“,

 Das ist von daher eigentlich nicht abweichend.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Sie machen sich also diese Position, die da steht, zu eigen?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Taliban sind Terroristen; das ist die Wahrheit. Diejenigen, die sie unterstützen, leisten dazu ihren Beitrag. Das ist auch die Wahrheit.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Okay. - Auf Seite 332, dasselbe Dokument, befindet sich die Punktation für Herrn Bundesminister Dr. Jung zur Unterrichtung der Obleute des Verteidigungsausschusses am 11. September 2009. Das beginnt - -

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Wo ist das jetzt?

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Das ist zwei Seiten weiter, Seite 332, nein, Seite 333, vierter Absatz.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Erste Frage ist: Haben Sie diese Punktation verwandt bei den Obleuten, wissen Sie das noch? - Ich meine, das ist länger her.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Nein, mich wundert Ihre Frage. Sie wissen, dass ich sie nicht verwandt habe; denn ich habe allgemein eingeleitet, und dann hat der Generalinspekteur zum Sachverhalt Stellung genommen. Ich habe eine solche Aussage überhaupt nicht gemacht im Rahmen der Obleuteunterrichtung. Da waren Sie dabei. Deshalb verstehe ich Ihre Frage nicht. Sie wissen es doch besser.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Zu dieser Aussage wollte ich einfach noch mal nachfragen:

Wir haben derzeit keinerlei Anfangsverdacht, dass durch deutsche Soldaten eine Straftat begangen wurde.

Haben Sie eine solche Aussage in diesem Rahmen getätigt oder an einer anderen Stelle, zu diesem Zeitpunkt? Wir reden über den 10.09. oder den 11.09.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Wir reden über die Vorlage für die Obleuteunterrichtung am 11. September, -

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ja, richtig.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: - und Sie wissen - es sind ja mehrere hier im Raum -, dass ich derartige Obleuteunterrichtungen allgemein eingeleitet habe, aber dass ich zu konkreten Dingen dort gar nichts gesagt habe, sondern dass dort zu konkreten Sachverhalten der Generalinspekteur informiert hat, dass ich dann nachher Ihre gesamten Fragen immer aufgenommen habe, auch verteilt habe. Dann gab es Fragen, die an mich gestellt wurden; es gab Fragen an den Generalinspekteur, die wir auch entsprechend sachgerecht beantwortet haben. Unser Planungsstab war immer fleißig und hat was vorbereitet, aber ich habe das nicht verwandt.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Mit anderen Worten: Das ist sozusagen ein Text, den Ihr Staatssekretär vorgeschlagen hatte, der deshalb in den Unterlagen ist, der aber sozusagen dort nicht Grundlage Ihres Briefings bei den Obleuten war?

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Langsam, langsam. Wir tun da schon exakt sein.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ja, ja, unbedingt.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Das ist eine Punktation, die der Planungsstab vorbereitet hat für die Unterrichtung der Obleute, nicht der Herr Staatssekretär, sondern der Planungsstab, und ich habe Ihnen gerade gesagt, dass ich die nicht verwandt habe.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Alles klar, gut.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Keine Fragen mehr? - Bündnis 90/Die Grünen, keine Fragen mehr? - Dann schließe ich die Befragung.

Ich muss Sie, Herr Dr. Jung, über das Schweigegebot informieren. Ihre Vernehmung unterliegt der Geheimhaltung. Sie können daher entsprechend den Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes zur Verschwiegenheit durch den Untersuchungsausschuss verpflichtet werden. Ich stelle dies im Ausschuss zur Abstimmung. - Ich höre

und sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich stelle fest: Erstens. Der Untersuchungsausschuss macht damit dem Zeugen die Geheimhaltung der als Geheim eingestuften Tatsachen zur Pflicht, die ihm durch die Vernehmung in der Sitzung zur Kenntnis gelangen. Zweitens. Der Zeuge wird darauf hingewiesen, dass derjenige, der gegen die durch den Untersuchungsausschuss auferlegte Schweigepflicht verstößt, sich strafbar machen kann.

Ich darf Sie nochmals darauf hinweisen, dass Ihnen nach Fertigung des Protokolls dieses für mögliche Korrekturen vom Sekretariat übersandt wird. Im Falle einer VS-Sitzung haben Sie die Möglichkeit, das Protokoll in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages einzusehen.

Des Weiteren bin ich nach § 26 Abs. 3 des PUAG gehalten, Sie zum Ende Ihrer Vernehmung darauf hinzuweisen, dass der Untersuchungsausschuss durch Beschluss feststellt, dass die Vernehmung des Zeugen abgeschlossen ist. Die Entscheidung darf erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Herr Abgeordneter Dr. Jung, ich danke Ihnen für Ihr Kommen und wünsche Ihnen alles Gute.

Zeuge Dr. Franz Josef Jung: Besten Dank.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Die Entscheidung über die Aufhebung des Geheimhaltungsgrads Geheim obliegt gemäß § 15 Abs. 1 und 2 PUAG in Verbindung mit der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages dem Ausschuss. Sind Sie damit einverstanden, dass wir die Einstufung Geheim aufheben? - Das ist der Fall. Dann bitte ich noch die Sitzungsnotizen beim Ausschusssekretariat abzugeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach Abschluss der Vernehmung schließe ich die Sitzung und wünsche allen noch einen schönen Abend.

(Schluss: 20.25 Uhr)